

Kommunen im Land fehlt Geld

Steuerschätzung führt zur Kürzung des kommunalen Finanzausgleichs

Die Kommunen in Schleswig-Holstein werden 2024 mit deutlich weniger Geld auskommen müssen. Die Finanzausgleichsmasse wird gekürzt. Das ergibt sich aus der aktuellen Steuerschätzung, die Grundlage für die Haushaltsplanung ist.

Nach Angaben des Innenministeriums wird das Land Schleswig-Holstein 2024 voraussichtlich knapp 2 Milliarden Euro im kommunalen Finanzausgleich zur Verfügung stellen. Das sind etwa 260 Millionen Euro weniger als im letzten Jahr. Dieses Geld fehlt den Städten und Gemeinden als Einnahme. Die Kürzungen werden auch alle Bürger unmittelbar zu spüren bekommen, weil bei steigenden Personalkosten und Preisen die Kommunen künftig Leistungen kürzen oder streichen müssen.

Ämter und Kreise trifft die Kürzung mittelbar, sie finanzieren sich aus Umlagen der Gemeinden. Werden die Umlagesätze nicht erhöht, steht auch ihnen im laufenden Jahr weniger Geld zur Verfügung. Schon 2025 rechnet man mit einer wieder ansteigenden Finanzausgleichsmasse. Allerdings wird der Anstieg geringer ausfallen als die Kostensteigerungen beim Personal und allgemeinen Preisen.

Bei den Einnahmen des Landes und der Kommunen spricht man oft auch von „kommunizierenden Röhren“. Damit ist gemeint, dass sich steigende oder sinkende Steuereinnahmen gleichmäßig auf beide staatlichen Ebenen verteilen. Dabei setzen sich die Einnahmen der Städte und Gemeinden vielschichtig zusammen. Neben Gebühren für Dienstleistungen sind es vor allem die Anteile an der Einkommensteuer der Einwohner sowie Grund- und Gewerbesteuer, die die Kommunen für sich verbuchen können. Die Einkommensteuer wird zwischen den staatlichen Ebenen ebenso zerlegt wie die Umsatzsteuer. Die Gewerbe- und Grundsteuer steht den Kommunen allein zur Verfügung. Einkommen-, Gewerbe- und Umsatzsteuer sind konjunkturabhängig: Floriert die Wirtschaft mit hohen Beschäftigungszahlen, steigen die Steuereinnahmen und umgekehrt. Die Grundsteuer ist dagegen in ihrer Höhe von der konjunkturellen Entwicklung unabhängig. Allerdings führt eine rege Bautätigkeit, zum Beispiel durch neue Wohn- und Gewerbegebiete, auch zu höheren Grundstückswerten, die sich wiederum im Kommunalhaushalt niederschlagen.



Der Wind dreht sich: Auch im Lübecker Rathaus (Bild) muss man in diesem Jahr mit voraussichtlich 30 Millionen Euro weniger aus dem Kommunalen Finanzausgleich auskommen.
Foto: Jens Junge auf Pixabay.com

Neben diesen Steuereinnahmen erhalten die Kommunen sogenannte Schlüsselzuweisungen aus dem kommunalen Finanzausgleich. Die Berechnung ist kompliziert und zwischen Land und Kommunen regelmäßig umstritten. Im Prinzip wird ein bestimmter Anteil der Landessteuereinnahmen der kommunalen Ebene zur Verfügung gestellt. Nach einigen Vorwegabzügen, zum Beispiel für die Theater-, Bücherei- und Frauenhausfinanzierung, erfolgt dann die Verteilung der Finanzausgleichsmasse auf die Städte und Gemeinden nach einer Schlüsselzahl, die sich aus der Einwohnerzahl, der eigenen Steuerkraft und der zentralörtlichen Funktion berechnet. Der prozentuale Anteil jeder Gemeinde an der Finanzausgleichsmasse ist also festgeschrieben. Sinkt jedoch der Gesamtbetrag, so reduzieren sich auch für alle Städte und Gemeinden die Einnahmen. Mittelbar gilt das dann auch für die Kreise und Ämter.

Wichtige Aufgaben der Gemeinde sind zum Beispiel die Unterhaltung von Schulen und Kindergärten, Erhaltung von Straßen und Sportanlagen sowie Sicherstellung des Brandschutzes. Kürzungen in diesen Bereichen und Einschränkung bei der Förderung von Vereinen sowie der Kulturarbeit merken die Bürger unmittelbar.

In den vergangenen Jahren konnten die meisten Kommunen in Schleswig-Holstein ihre Ausgaben durch Einnahmen decken. Doch die gesetzlichen Anforderungen an die Ganztagsbetreuung in Schulen und Kindergärten führt zu immer höheren Kosten. Der aktuelle Tarifvertrag für die Mitarbeiter ist ein weiterer großer Kostenschub. Dazu kommen Preissteigerungen bei Energie und allen anderen Verbrauchsmaterialien, die an den kommunalen Haushalten nicht vorbeigehen. Der erwartete Anstieg der Finanzausgleichsmasse ab 2025 wird diese Kostensteigerungen nicht ausgleichen können. Deshalb werden viele Städte und Gemeinden nicht darum herumkommen, ihre Ausgaben und Leistungen auf den Prüfstand zu stellen und Prioritäten zu beschließen.

Rainer Kersten

rainer.kersten@steuerzahler.de

Blühende Wiesen & Insektenhotels trotz Notkredit

Selbst in der Haushaltskrise hat das Land noch Geld für Wohlfühlprojekte

Krisenzeiten bestimmen den Landeshaushalt 2024. Das sagt die Regierung selbst und nimmt über 1,6 Milliarden Euro neue Kredite auf. Dennoch gibt es Mittel zur Förderung von Insektenhotels, Blumenwiesen und einem fragwürdigen Dialogforum.

Genau 1,649 Milliarden Euro will die Landesregierung von Schleswig-Holstein an neuen Schulden zum Ausgleich des Landeshaushalts 2024 aufnehmen, der erst Ende März vom Landtag beschlossen wurde. Das sind immerhin 9 Prozent der Ausgaben! Darin enthalten sind 1,516 Milliarden Euro Notkredit für die Folgen der Corona-Pandemie, die hohen Kosten durch den russischen Angriffskrieg auf die Ukraine und die Sturmflut an der Ostseeküste. Damit schrammte das Land mit gerade einmal 18 Millionen Euro an der Obergrenze der Landesverfassung für die Kreditaufnahme vorbei.

Finanzministerin Monika Heinold (Grüne) sagt dazu selbst: „Die Höhe des Notkredits zeigt, in welchen außerordentlich herausfordernden Zeiten wir leben.“ Die Landesregierung sei sich bewusst, dass sich die Einnahme- und Ausgabesituation grundlegend verändert habe. Der Haushalt 2024 werde durch die Krisenzeiten bestimmt. Die Schuldenbremse in Grundgesetz und Landesverfassung erlaubt ausdrücklich eine Kreditaufnahme, wenn durch die Landesregierung nicht zu beeinflussende Krisen zu besonderen Ausgabennotwendigkeiten führen. Die Kehrseite der Medaille: Die Notkredite müssen über einen Zeitraum von maximal 30 Jahren ordentlich getilgt werden und führen bei steigenden Zinssätzen zu erheblichen Belastungen in den künftigen Haushaltsjahren. Bereits jetzt ist absehbar, dass das Land Schleswig-Holstein schon in wenigen Jahren weit mehr als 1 Milliarde Euro für Zins- und Tilgungsleistungen aufbringen muss. Dieses Geld steht den künftigen Generationen dann nicht zur Verfügung, um ihre eigenen Probleme zu lösen. Schleswig-Holstein ist also auf dem Weg in eine neue Schuldenfalle!

Umso überraschender ist es, wenn man sich die Details des neuen Landeshaushaltes ansieht. Darin finden sich Ausgaben wieder, die mit Krisenbewältigung rein gar nichts zu tun haben. Dennoch hat es die schwarz-grüne Landesregierung unter Ministerpräsident Daniel Günther (CDU) nicht geschafft, sich von diesen Wohlfühlprojekten zu verabschieden.

Im Etat von Wirtschaftsminister Claus Ruhe Madsen (CDU) sind beispielsweise 150.000 Euro enthalten für die „Förderung von Maßnahmen zur Steigerung der Biodiversität im Tourismus“. Nach eigenen Angaben will man damit die Artenvielfalt in Schleswig-Holstein erhalten und verbessern, insbesondere auch im Blick auf

den Tourismus. Was sich hinter diesen wortgewaltigen Formulierungen verbirgt, erscheint dann aber doch eher profan: So haben im vergangenen Jahr die Verkehrsbetriebe in Heiligenhafen knapp 50.000 Euro erhalten, um eine Stellplatzfläche für Reisemobile mit Hecken, Grünflächen und Insektenhotels zu gestalten. Ein Campingplatz am Plöner See bekam 40.000 Euro für die naturnahe Umgestaltung samt Austausch der Lampen gegen insekten- und fledermausverträglichere Modelle. Und ein Hotel in Glücksburg durfte für 40.000 Euro unter anderem Solitäräume pflanzen, Fassaden und Garagendach begrünen und einen großen Schmetterlingsgarten mit ausgewählten Pflanzen anlegen. Gegen keine dieser Maßnahmen spricht irgendetwas. Aber warum werden sie aus Steuergeldern finanziert? Und noch viel wichtiger: Warum sollen künftige Generationen von Steuerzahlern Kredite tilgen, damit

Tourismusanbieter heute ihre Außenanlagen neu und attraktiv gestalten können? Wer glaubt, dass solche Spielwiesen-Programme im Zuge der Haushaltskrise gestrichen wurden, irrt sich: Im Wirtschaftsministerium befinden sich nach eigenen Angaben noch zwölf Förderanträge in der Bearbeitung. Für sie stehen 2024 insgesamt 150.000 Euro an Fördermitteln zur Verfügung.

Fragwürdig sind auch die Pläne des Umweltministeriums von Tobias Goldschmidt (Grüne). Er will mit 50 „zufällig ausgewählten“ Bürgern in einem Bürgerforum Klima über die Klimaschutzmaßnahmen der Landesregierung diskutieren. Dazu werden zunächst 3.000 Menschen aus dem gesamten Land per Stichprobe angeschrieben. Die so angefragten Einwohner dürfen dann ihr Interesse an der Teilnahme bekunden. Unter ihnen werden unter Berücksichtigung „soziodemographischer Kriterien“ 50 Personen ausgewählt, die an einem Mai-Wochenende in Kiel über die Klimaschutzmaßnahmen der Landesregierung diskutieren dürfen.

Anschließend soll es dann noch wöchentliche Onlinesitzungen geben, bevor im Juni eine Abschlusskonferenz stattfindet. Ein Einfluss auf Entscheidungen der Landesregierung hat das Bürgerforum jedoch nicht. Außer Anregungen und Vorschläge können sie sich nicht einbringen. Dafür ist dieses pseudo-demokratische Instrument aber ganz schön teuer: Insgesamt 330.000 Euro stehen dafür im Landeshaushalt bereit. Der größte Teil geht an einen externen Dienstleister, der die Teilnehmer auswählt und die Workshops moderiert.

Wer für solche Maßnahmen noch so viel Geld ausgibt, kann nicht von einem Krisen-Haushalt sprechen! Es wird höchste Zeit, dass die Landesregierung klare Prioritäten setzt.

Rainer Kersten
rainer.kersten@steuerzahler.de



Foto: Thorsten Frenzel / Pixabay

Wir übernehmen Verantwortung!

Gastbeitrag von Klaus-Peter Lucht

In seinem Gastbeitrag für den Nord-Kurier beschreibt Klaus-Peter Lucht (Bild), Präsident des Bauernverbandes Schleswig-Holstein, die aktuellen Herausforderungen für die Landwirtschaft und den schwierigen Umgang mit der Politik. Anspruch und Wirklichkeit der Agrarpolitik gehen immer weiter auseinander:

Die Herausforderungen, denen wir Landwirte uns gegenübergestellt sehen, sind im Laufe der Zeit immer vielfältiger geworden: Waren wir Jahrhunderte lang einfach nur Nahrungsmittelerzeuger, so wurden wir spätestens mit Antritt der ersten Grünen Landwirtschaftsministerin Renate Künast zu den neuen „Ölscheichs“, durch die energetische Nutzung des Ackeraufwuchses. Heute sieht die Politik das nicht mehr so gern. Wir sollen aber weiterhin erneuerbare Energie erzeugen oder zulassen, indem wir Flächen zur Verfügung stellen. Wir sollen dem Klimaschutz dienen – und das tun wir! Denn bisher hält allein die Landwirtschaft ihre Klimaziele ein. Wir sind Artenvielfalterhalter, ohne dass es sich für uns bisher nachhaltig rechnen würde. Wir wurden vom Amt Süderbrarup im Rahmen der Januardemos als tragende Säule des ländlichen Raums bezeichnet, wir erledigen kommunale Arbeiten, sind bei Unwettern im freiwilligen Einsatz und die einzige Kraft, die zusammen mit den Feuerwehren Hilfe leistet.

Landwirtschaft wird also gebraucht. Die Herausforderungen sind zahlreich, es gilt, sie zu meistern. Das tun wir, wie wir es immer getan haben. Es bleibt aber das ungute Gefühl, dass dieses von der Politik zunehmend als Selbstverständlichkeit wahrgenommen wird, eine politische Anerkennung ist damit lediglich in Sonntagsreden verbunden. Zahlungen, die wir bekommen, orientieren sich an den Kosten. Ein Unternehmergewinn wird uns nicht zugestanden. Das widerspricht jedem Unternehmertum, das den Betrieb entwickeln und in die Zukunft führen möchte.

Politik, die sich selber in die Parade fährt (Tierwohl gegen Emissionsschutz, Artenvielfalt gegen Ertragsstärke auf dem Acker, Naturschutz gegen heimische Erzeugung), eine Flut an Dokumentation und Kontrolle, und vor allem fehlendes Vertrauen in die Langfristigkeit der Gesetzgebung führen derzeit zum Stillstand – nicht nur in der Landwirtschaft. Das müssen wir dringend auflösen, wenn wir den ländlichen Raum erhalten und stärken wollen. Nicht Northvolt allein hält unsere Region am Leben, es sind die vielfältigen Aktivitäten der Leistungsträger in Landwirtschaft, Handwerk, sozialen Berufen und so weiter.

Zahlreiche Vorschläge für eine zukunftsgerichtete Politik wurden im gesellschaftlichen Konsens gefasst: Die Zukunftskommission Landwirtschaft und das Kompetenznetzwerk Nutztierhaltung auf Bundesebene, der Dialogprozess zur Zukunft der Landwirtschaft in Schleswig-Holstein. So ungewöhnlich und wichtig dieser neue Zusammenhalt war und ist, so wenig hat die Politik auf Bundesebene das bisher geachtet. Ein Skandal, meiner Meinung nach.

Wir fordern deshalb ein politisches Experiment:

- Maximaler Verzicht auf Verbote und gesetzliche Einschränkungen
- Stattdessen auf Anreize und Überzeugung setzen
- Politik im Kontext. Das Land ist kein Raum zwischen Metropolen, sondern braucht eine eigenständige Politik



Das würde Politik für Politiker furchtbar anstrengend machen, denn sie wären gezwungen, die Bevölkerung mitzunehmen, statt ihnen – oft genug nicht ausreichend durchdachte – Vorschriften überzustülpen. Es wäre aber deutlich demokratischer, würde bessere Ergebnisse zeigen, die Eigenverantwortung der Bürger vor Ort stärken, ebenso das Bewusstsein, dass der Erfolg am Einzelnen hängt und auch belohnt wird. Anreize und Überzeugungen würden denjenigen stärken, der sich einsetzt und andere überzeugen, es ihm nachzutun.

Eine Politik im Kontext würde Gleiches gleich, aber Unterschiedliches unterschiedlich behandeln. Derzeit wird die Politik des Ballungsraumes oft genug auf das Land übertragen, Landwirtschaft zunehmend mit Industrie gleichgestellt und die Dokumentation kleinerer Unternehmen auf ein Niveau gehoben, das man vernünftigerweise nicht mehr bewältigen kann. Hier brauchen wir eine Differenzierung, die verhindert, dass klein- und mittelständische Betriebe aufgrund dieser Probleme schließen.

Ich rufe die Politik auf: Fordern Sie uns! Wir können mehr, als man uns im Moment zutraut. Wir übernehmen Verantwortung, schaffen sie uns den notwendigen Freiraum dafür. Dann werden Land und Demokratie prosperieren.

Impressum

Herausgeber: Bund der Steuerzahler Schleswig-Holstein e.V., www.steuerzahler-sh.de

Redaktion: Rainer Kersten, Lornsenstr. 48, 24105 Kiel, Tel. 04 31/99 01 65-0, Fax 99 01 65-11, E-Mail: schleswig-holstein@steuerzahler.de

Verlag: BdSt Steuerzahler Service GmbH, Haus der Bundespressekonferenz, Schiffbauer Damm 40, 10117 Berlin

Verantwortlich: Roger H. Müller, Rainer Kersten

Erscheinungsweise: 10 x jährlich als Beilage von Der Steuerzahler

Auflage: 7.000, 53. Jahrgang, 4/2024

Anzeigenverwaltung: Nord-Kurier Verlag und Werbegesellschaft mbH, Lornsenstraße 48, 24105 Kiel

Konzeption & Gestaltung: J. Holz, www.diegestalten.com, Mainz

Satz: LINE Media Agentur, Mail: info@linemedia.de

Druck & Versand: Dierichs Druck Media GmbH & Co KG, Frankfurter Straße 168, 34121 Kassel

Blick durch das Land

Politiker glauben oft, dass sie besser wissen, was für uns Bürger gut ist, als wir selbst. Berater sehen darin auch den Schlüssel zum Wahl-Erfolg: „Mache die Bürger unzufrieden, erkläre dich zum Fürsprecher ihres Problems und verspreche ihnen eine Lösung – schon bekommst du ihre Wählerstimmen!“ Dieser Strategie folgen viele Politiker, jedenfalls erleben wir tagtäglich einen Überbietungswettbewerb mit angeblichen „Gerechtigkeitslücken“, die dringend geschlossen werden müssten. Die vermeintlichen „Lösungen“ beschränken sich meist auf mehr Geld und Stellen, sind also teuer für uns Steuerzahler.

Wir kennen diese Werbestrategie auch aus der Privatwirtschaft: Mit Emotionen sollen bei uns Bedürfnisse geweckt werden, die wir vorher noch gar nicht gehabt haben. Immer mal wieder leisten wir uns etwas, was wir eigentlich nicht brauchen. Der Unterschied zu staatlichen Leistungen besteht aber darin, dass wir diese Wünsche ganz allein bezahlen müssen und auch nur wir dafür verantwortlich sind. Wir müssen dann eben auf etwas Anderes verzichten.

Wenn Politiker den Bürgern erklären, dass es für jedes Problem eine staatliche Lösung aus Steuermitteln geben müsse, dann darf man sich über zurückgehende Leistungsbereitschaft und Eigenverantwortung nicht



wundern. Außerdem werden die Ansprüche mit der Zeit immer höher: Wenn ich in der Bücherei keine Leihgebühr mehr zahlen muss, warum soll ich dann noch für eine Theater-Karte bezahlen? Und müsste das Kino dann nicht auch kostenlos für mich werden? Schnell fällt einem da das Märchen „Vun Fischer und sien Fru“ ein. Es endet bekanntlich mit dem Sturz von der symbolischen Himmelsleiter.

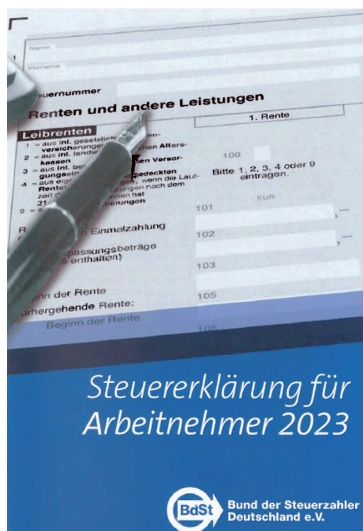
Dass Politiker mit der Hoffnung auf Wählerstimmen den Bürgern große Versprechungen machen, ist nicht neu. In den letzten 20 Jahren gab es dafür auch reichlich finanziellen Spielraum. Nach den durchgreifenden „Agenda“-Reformen unter Bundeskanzler Gerhard Schröder im Frühjahr 2003 gab es einen langanhaltenden Wirtschaftsaufschwung in Deutschland, die Arbeitslosigkeit ging zurück und von der konjunkturellen Entwicklung profitierte auch der Staat durch reichlich sprudelnde Steuereinnahmen. Geld war nicht mehr der knappe Faktor. Nicht eingelöste Versprechungen scheiterten nur an schlechter Organisation und fehlenden Umsetzungskapazitäten.

Der Kipppunkt kam dann mit der Corona-Pandemie: Die Politik versuchte, die Krise zu bewältigen ohne spürbare Einschnitte für die Bürger. Verbal wurde aufgerüstet mit „Bazooka“ und „Doppelwumms“. Hauptsache niemand muss sich in der Krise einschränken! Danach führte der

Angriffskrieg auf die Ukraine zu steigenden Militärausgaben, Lieferkettenengpässen, einer Energiekrise und in der Folge zu steigenden Preisen. Auch diese Krise soll gelöst werden, möglichst ohne dass die Bürger etwas davon merken. Dann gibt es da noch die Maßnahmen gegen den Klimawandel, die Verkehrswende, einen Rechtsanspruch auf die Ganztagschule, die Deckelung der Elternbeiträge in den Kindergärten, steigende Aufnahmekapazitäten für Flüchtlinge, einen Sanierungsstau bei Straßen und öffentlichen Gebäuden sowie die technischen Voraussetzungen für die geplante Wärmewende. Die unsortierte Aufzählung teurer Pläne ließe sich fortsetzen.

Plötzlich stellen die großzügigen Politiker fest, dass für all ihre Versprechungen gar kein Geld mehr da ist. Die Staatsverschuldung steigt rasant an, mit dramatischen Auswirkungen auf die künftigen Generationen, die wir mit Zins- und Tilgungsverpflichtungen belasten. Die Ansprüche an den Staat, die die Politiker geschürt haben, sind schlichtweg unbezahlbar geworden. Sie müssen dringend zurückgeschraubt werden. Doch wer erklärt das den Bürgern, die sich so bequem daran gewöhnt haben, staatliche Leistungen zu empfangen, ohne sich dafür selbst anstrengen zu müssen?

Wir brauchen einen radikalen Schnitt, der das Verhältnis von Staat und Bürgern wieder deutlich korrigiert. Stichworte sind Eigenverantwortung und Leistungsbereitschaft, die belohnt werden müssen. Wer wird der nächste „Agenda“-Politiker, auch wenn er dafür nicht an der Wahlurne belohnt wird?



Steuererklärung für Arbeitnehmer 2023



Wer zu viel gezahlte Steuern vom Finanzamt zurückhaben will, muss eine Steuererklärung machen. Da das aber oft leichter gesagt als getan ist, bietet der Bund der Steuerzahler Hilfe, Ratschläge und Tipps.

Die Broschüre Ratgeber „Steuererklärung für Arbeitnehmer 2023“ richtet sich an Privatpersonen, die eine Steuererklärung abgeben müssen oder wollen und kann ab sofort beim Nord-Kurier gegen eine Schutzgebühr von

2,50 Euro (inklusive Mehrwertsteuer und Versand) angefordert werden:

NORD-KURIER Verlag und Werbe GmbH
Lornsenstraße 48
24105 Kiel
Tel. 0431/99 01 65-0
Fax 0431/99 01 65-11
schleswig-holstein@steuerzahler.de

Mit der Broschüre erhalten Sie eine Rechnung.